
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 23.06.2022

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr

Sitzungsende: 18:19 Uhr

Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion der AfD eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 23.06.2022, 16.30 Uhr mit 7 stimmberechtigten Mitgliedern. Er stellte außerdem die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche wurden nicht vorgebracht. Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.05.2022

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche wurden nicht vorgebracht.

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 0

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion der AfD stellte fest, dass in der letzten Sitzung ein Beschluss im nicht öffentlichen Teil gefasst wurde.

5 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Anfragen von Bürgern vor.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

6.2 **Aktuelle Situation aus Sicht der Wirtschaftsverbände** **Eingeladen sind hierzu Vertreter der IHK Halle-Dessau, der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH sowie die Innungsoberrmeister der Kreishandwerkerschaft Anhalt Dessau-Roßlau**

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion der AfD fragte Herrn Krökel nach der aktuellen wirtschaftlichen Situation aus Sicht des Handwerks.

Herr Krökel, Kreishandwerksmeister antwortete hierauf wie folgt:

Die Auftragslage stellt sich im Allgemeinen nicht schlecht dar. In verschiedenen Branchen könnte man mehr verkaufen, wenn man mehr Ware hätte, so **Herr Krökel**. Die Lage im Handwerk hingegen ist extrem angespannt. Dies war bisher noch nie der Fall. Lieferketten, Rohstoff- und Energiepreise belasten die Firmen. Die Kaufkraft der mittleren Einkommen verringert sich. Er sprach von dem Inhaber eines Elektrobetriebes, der gern die Stundenlöhne seiner Mitarbeiter um 20 % erhöhen würde. Leider ist dies aus betrieblichen Gründen derzeit nicht möglich.

Herr Krökel führte aus, dass der Inhaber einer großen Bäckerei diese Situation in den letzten 30 Jahren nicht erlebt hat. Längerfristige Energieverträge sind nicht möglich. Er kann die ganze Situation derzeit nicht abschätzen und würde lieber heute als morgen in Rente gehen. In Anbetracht der Lage hat der Bäckereihinhaber kein ruhiges Gewissen mehr, seine große Firma irgendwann irgendeinem Nachfolger zu übergeben. **Herr Krökel** berichtete weiterhin, dass ihm der Bäckereihinhaber erzählte, dass der letzte Oberbürgermeister, der ihn spontan besuchte, Herr Otto war.

Völliges Unverständnis unter den Handwerkern herrscht derzeit zur konkreten Situation, die in den Medien wiedergegeben wird, so **Herr Krökel**. Er berichtete davon, dass die Quote der Selbstständigen sinkt. Er führte aus, dass sich derzeit mit der Abschaffung von Verbrennungsmotoren befasst wird, anstatt sich mit den konkreten Dingen, die die Unternehmen belasten. Dies betrifft nicht nur das Handwerk, so **Herr Krökel**. Er berichtete von einem weiteren Beispiel: Cobbelsdorf und Quellendorf haben ihre Viehbestände abgeschafft. Pro Schwein wurden hier 35,00 € zugesetzt. Er sieht dies als Ausblick auf die Versorgung der Bevölkerung.

Herr Krökel fragt sich, wer die Steuern bzw. die Raten bei der Bank bezahlt, wenn eine Firma wegen Gasmangels schließen muss. Die Stimmungslage im Handwerk wird schlechter, so **Herr Krökel**.

Zu den konkreten Vorhaben führte **Herr Krökel** Folgendes aus:

Der Masterplan 2025 wurde unterzeichnet, damit eine gemeinsame Grundlage für eine handwerkspolitische Strategie in der Stadt geschaffen wird. Es gab die verstärkte Forderung der Stadtratsfraktionen, im Wirtschaftsausschuss regelmäßig über die Umsetzung zu informieren. Als dies dann ins Stocken geriet, wurde das Handwerkerfrühstück entwickelt, welches am 09.12.2021 erstmals mit allen Amtsleitern, der Dezernentin des Bauamtes durchgeführt wurde. Dort wurde konstruktiv und intensiv über die Vergabepolitik beraten. Es wurde ein 10-Punkte-Plan vorgelegt. Hier wurde

darüber beraten, was es ausmacht, wenn nur ein paar Prozentpunkte von den Vergabesummen hier in Dessau bleibt, wie viele Arbeitskräfte hier angesiedelt werden und wie die Entwicklung in der Stadt ist, so **Herr Krökel**.

Das Thema Bildung wurde im zweiten Handwerkerfrühstück gesprochen. Es sollten Gemeinsamkeiten aus den Bildungskonferenzen heraus entwickelt werden, so **Herr Krökel**. Leider passierte auch hier nichts.

Herr Krökel berichtete von der Teilnahme an einer CDU-Klausur-Tagung in Magdeburg. Dort führte er ein Gespräch mit der Bildungsministerin und dem Wirtschaftsminister. Es wurde eine Unterstützung bei der weiteren Arbeit der Handwerkerschaft zugesagt. Am Ende allerdings passierte nicht viel, so **Herr Krökel**. Es sollte eine überregionale Kooperation mit verschiedenen kompetenten Partnern an (z. B. bei der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg) angestrebt werden, damit sich in Dessau etwas bewegt.

Zum Thema Schwarzarbeit berichtete **Herr Krökel**, dass es massive Beschwerden gegen die Eröffnung von Barbiergeschäften in Dessau gibt, da von den ansässigen Unternehmen angezweifelt wird, dass die Inhaber einen Meisterbrief besitzen. Hier wäre es vielleicht sinnvoll, die Geschäfte zu überprüfen, so **Herr Krökel**.

Herr Mrosek dankte den Ausführungen und merkte an, dass nunmehr in jeder Ausschusssitzung der Bericht des Kreishandwerksmeisters zum Masterplan erörtert werden sollte.

Herr Mrosek führte aus, dass zu Beginn seiner Tätigkeit als Ausschussvorsitzender gefordert wurde, dass die Ausschussmitglieder auch am Wirtschaftsbeirat teilnehmen. Leider ist die Arbeit des Beirates eingeschlafen, so **Herr Mrosek**. Die Gründung eines Unternehmerstammtisches war vorgesehen. Dies wurde allerdings abgelehnt.

Des Weiteren berichtete **Herr Mrosek** von einem Bauunternehmen, der den letzten Bauvertrag nach Makler- und Bauträgerverordnung bei einem Notar abgeschlossen hatte, weil der Preis fest gebunden war. Allerdings weiß niemand, wie sich in den nächsten Monaten die Preise für Fenster etc. entwickeln werden.

Herr Krökel führte aus, dass es sich hierbei um die Preisgleitklausel handelt. Er hatte diesbezüglich ein Gespräch mit dem Staatssekretär. Dieser erklärte ihm, dass es sich um „unternehmerisches Risiko“ handeln würde.

Herr Mrosek sagte, dass die Politik in Berlin gemacht werden würde.

Herr Bebber, stellv. Handwerksmeister fügte hinzu, dass Magdeburg die gleiche Politik vertritt.

Bzgl. der Vergabe von Leistungen ist **Herr Mrosek** schon lange der Meinung, dass die Lose gesplittet werden sollten.

Herr Bebber sprach von einem Besuch bei dem Betreiber einer Karosseriewerkstatt mit Lackiererei. Dieser erzählte ihm, dass er einen Bescheid über eine Energiekostennachzahlung in Höhe von 31.000,00 € erhalten habe. **Herr Bebber** sprach von handgemachtem Chaos. Er hatte sich an die Vollversammlung der Handwerkskammer gewendet. Am 30.06.22 findet die nächste Versammlung statt, an der **Herr Bebber** auch teilnehmen wird. Abgestimmt wird in den Vollversammlungen, die 2 x im Jahr stattfinden, nicht über die wichtigen Dinge, die alle Unternehmen betrifft, so **Herr Bebber**. Der Präsident der Handwerkskammer wurde schriftlich von **Herr Bebber** aufgefordert, folgende Tagesordnungspunkte aufzunehmen:

- Aus für den Verbrennungsmotor in der EU per 2035,
- Frieden schaffen ohne Waffen.

Er führte des Weiteren aus, dass in diesen Versammlungen über Themen gesprochen werden sollen, die das Handwerk wirklich betreffen. **Herr Bebber** ist der Meinung, dass die Handwerker nicht gehört werden, weil keine Lobby vorhanden ist.

Herr Bebber erläuterte, dass am 30.06.2022 die Einspruchsfrist der Länder bei der EU zum Thema „Aus der Verbrennungsmotoren ab 2035“ abläuft. Diesbezüglich wurde eine Resolution der Vollversammlung der Handwerkskammer Halle (Saale) geschrieben, die **Herr Bebber** verlas und dieser Niederschrift als *Anlage* beigefügt ist.

Es wird gehofft, dass bei der Bundesregierung noch eine Reaktion diesbezüglich erfolgen wird, so **Herr Bebber**. Er führte weiterhin aus, dass das Aus der Verbrennungsmotoren eine Katastrophe für Arbeitsplätze, für Wohlstand und für die Wirtschaft wären. Und bezüglich des Ukrainekrieges sprach sich **Herr Bebber** gegen Waffenlieferungen, aber für Diplomatie aus.

Herr Mrosek dankte Herrn Bebber für seine Ausführungen. Er sagte, dass im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages am Vortag von der Bundesregierung mitgeteilt wurde, dass Schwedt seine Produktion am 05.12.2022 auf 65 % herunterfahren wird. Somit werden auch die Benzinpreise steigen, so **Herr Mrosek**. Er bezeichnete die ganze derzeitige wirtschaftliche Situation als Katastrophe.

Herr Jüling, Fraktion der CDU dankte Herrn Krökel und Herrn Bebber für ihre Ausführungen. Er sprach das Thema mit den Barbiershops in Dessau an und fragte nach, ob die Kontrolle unbedingt durch das Ordnungsamt erfolgen muss oder ob dies auch der Zoll übernehmen könnte.

Herr Krökel erklärte, dass zunächst die Handwerkskammer zu kontaktieren sei, um zu erfragen, ob der Betrieb in der Handwerksrolle eingetragen ist. Dann erst kontrolliert das Ordnungsamt den Inhaber des Betriebes, ob ein Meisterabschluss vorliegt.

Laut Gesetz muss der Inhaber sich für eine bestimmte Stundenzahl im Betrieb aufhalten, so **Herr Krökel**. Das Thema Schwarzarbeit wurde vor 8 Wochen im Landtag besprochen. Ohne Ergebnis. Einige Kommunen, wie z. B. der Landkreis Bitterfeld, so **Herr Krökel**, haben gar keine Bearbeiter für diese Aufgaben. Hier finden keine Kontrollen mehr statt.

Herr Jüling fragte, ob das Ordnungsamt nicht sowieso kontrolliert, ohne darauf hingewiesen zu werden.

Herr Gebhardt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau sagte, dass man sich mit dem Zollamt in Dessau zum Thema Schwarzarbeit in Verbindung setzen könnte.

Herr Bebber erwiderte, dass er dies bereits vor Jahren getan hatte. Allerdings war nichts passiert und niemand fühlte sich zuständig. Beim Ordnungsamt sollten Belege vorgelegt werden, wo ohne Rechnung gearbeitet wird, wie z. B. im Kraftfahrzeuggewerbe. **Herr Bebber** ist der Meinung, dass Hinweisen nachgegangen werden muss, denn es sei nicht Aufgabe der Handwerksmeister, die Unternehmen zu kontrollieren. Er sieht hier die Kommune in der Pflicht, etwas zu unternehmen, um der Schwarzarbeit entgegenzuwirken.

Herr Mrosek führte aus, dass es ein Absterben der Firmen in Dessau gibt. Er nannte als Beispiel den „Wildwirth“ in Dessau. Das Geschäft musste nach 3 Monaten schließen, weil die Preise nicht mehr bezahlt werden konnten. Dies sei kein Einzelfall, so **Herr Mrosek**.

Herr Bebber führte zum Obermeisterbrief aus, dass das Thema nicht nur Frieden heißt, sondern es ginge auch um die Auswirkungen des Boykotts speziell in der ostdeutschen Wirtschaft. Weiterhin sieht er die Preisentwicklung bei Kraftstoffen als problematisch. Das 3-monatige Hilfspaket der Bundesregierung bezeichnete **Herr Bebber** als Augenwischerei.

Als Beispiel nannte **Herr Bebber** den Busbetrieb Vetter, der ca. 600 Mitarbeiter beschäftigt. Der Presse war zu entnehmen, dass das Unternehmen an der Liquiditätsschwelle stand. Er berichtete davon, dass die Kommune den Zuschuss um einen Monat vorgezogen hatte. Ob sich die Lage dadurch verbessert, zweifelte **Herr Bebber** an. Das Unternehmen spricht von 800.000,00 € Mehrkosten nur durch Kraftstoff. Im Gelegenheitsverkehr kann das Unternehmen die Preise selbst festlegen, im ÖPNV wird ihm der Preis durch das Land bzw. Kommune vorgegeben. **Herr Bebber** ist der Meinung, dass hier gehandelt werden sollte, und zwar durch Fahrpreiserhöhungen.

Herr Mrosek bestätigte die Aussagen von Herrn Bebber und berichtete von einer Anhörung im Bundestag, an der auch renommierte Speditionen teilnahmen. Deutschlandweit fehlen ca. 90.000 Berufskraftfahrer, so **Herr Mrosek**. Er führte aus, dass 38.000 Kraftfahrer in den nächsten 10 Jahren in den Ruhestand gehen und nur 2 % der jetzigen Berufskraftfahrer unter 25 Jahre alt sind. Eine Ausbildung zum Berufs-

kraftfahrer kostet in Dessau ca. 8.000,00 € bis 10.000,00 €, so **Herr Mrosek**. Er sagte außerdem, dass es für ausländische Fahrer schwierig sei, in Deutschland bei einem Busunternehmen zu arbeiten, da die Führerscheine hier nicht anerkannt werden. Die Prüfung bei der IHK, so **Herr Mrosek**, muss nach einem 140-Stunden-Lehrgang in Deutsch abgelegt werden. Dies sei ein Ding der Unmöglichkeit, nach 4 Wochen Deutsch zu beherrschen, sagte **Herr Mrosek**.

Herr Mrosek sprach nunmehr das Thema Kaufland an und begrüßte Herrn Schmidt vom Stadtplanungsamt, der auch zugegen war. **Herr Mrosek** führte aus, dass er am heutigen Tage mit Frau Schreiner von der Verifort Capital Asset Management GmbH in Berlin telefoniert hatte aufgrund der Schreiben von Decathlon, Kaufland und des Fahrradhändlers. Diese Schreiben wurden allen Fraktionen zugesandt, so Frau Schreiner. Sie berichtete Herrn Mrosek, dass sie keinen Kontakt zum Oberbürgermeister habe und Herr Mrosek der Einzige war, der sie angerufen hatte. Sie führte weiterhin aus, dass es bei einem Gespräch mit dem Geschäftsführer der Verifort Capital Asset Management GmbH und Frau Schlonski keine Übereinstimmung gab. Kaufland und Decathlon werden höchstwahrscheinlich in Mildensee ausziehen, so Frau Schreiner. Das darf nicht passieren, sagte **Herr Mrosek**. Er sprach sich für die Belegung der Innenstadt aus und für den Erhalt des Einkaufszentrums in Mildensee.

Dann hielt **Herr Horn, IHK Halle-Dessau** einen Vortrag über die aktuelle Situation für den Wirtschaftsstandort Dessau-Roßlau aus IHK-Sicht anhand von Folien, die als *Anlage* der Niederschrift beigefügt sind.

Herr Horn führte zusammenfassend aus, dass die Corona-Krise zu einer massiven Verunsicherung der Firmen geführt hatte. Hintergrund ist hier der anhaltende Kostendruck, der die Gewinne beeinträchtigt und Preiserhöhungen vorgibt, so **Herr Horn**. Trotzdem sieht er auch eine positive Tendenz, vor allem bei Neugründungen von Firmen. Hier gibt es eine große Nachfrage auch von Migranten. In der zweiten Jahreshälfte wird eine große Veranstaltung mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter stattfinden, um speziell die Zielgruppen der Gründer mit Migrationshintergrund anzusprechen.

Herr Mrosek dankte Herrn Horn für seinen Vortrag und seine Ausführungen. Zu der Folie mit den regionalen Konjunkturdaten fragte **Herr Mrosek** nach, ob die Geschäftserwartungen mit den erhöhten Energie- und Kraftstoffpreisen im Zusammenhang steht.

Herr Horn bestätigte den Zusammenhang mit der Verknappung von Personal, Material und mit der Energielieferung. Die IHK Halle-Dessau hat sich eindeutig gegen ein umfassendes Öl- und Gasembargo positioniert, weil dies die Wirtschaft nachhaltig schädigen würde.

Herr Jüling wollte wissen, in welchen Branchen die Neugründungen stattfinden.

Herr Horn antwortete hierauf, dass es sich hierbei um Dienstleister, Gastronomie und Einzelhandel handelt.

Herr Kaßner, Fraktion DIE GRÜNEN, FDP Neues Forum – Bürgerliste sieht nicht die Krise als Problem, sondern das fehlende Personal. Seit Jahren wird eine fehlgeleitete Personalpolitik in Deutschland betrieben, so **Herr Kaßner**.

Herr Horn führte aus, dass auf den Märkten die Preise die Knappheit regulieren. Er bestätigte, dass das fehlende Personal ein großes Problem darstelle. Der Ausbildungsmarkt befindet sich seit Jahren in der Schieflage, so **Herr Horn**. Man müsste die Jugendlichen überzeugen, einen Ausbildungsberuf anzunehmen, anstatt zu studieren.

Herr Kaßner, der im IHK-Prüfungsausschuss für umwelttechnische Berufe sitzt, erklärte, dass er in diesem Jahr nur 5 Azubis für den gesamten Landkreis Anhalt Bitterfeld in der Prüfung habe.

Herr Mrosek fragte nunmehr Herrn Horn, ob er es gerecht findet, wenn ein Student bzw. ein Bafög-Empfänger über seine Eltern krankenversichert ist und keine Beiträge abführen muss. Wohingegen der Auszubildende, der einen Beruf erlernt, Abgaben von seinem Lehrlingsentgelt zu leisten hat.

Herr Horn entgegnete, dass dies sicher ungerecht sei. Er kann dies allerdings nicht bewerten bzw. ändern.

Dies stellte **Herr Mrosek** nicht in Frage, aber er sprach sich dafür aus, dass hier politisch agiert werden sollte.

Herr Horn erläuterte, dass diese Bereiche die Bildungsabteilung bearbeitet. Er würde die Anfragen, die an ihn herangetragen werden, an diese Abteilung weiterleiten.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau kritisierte die Ausführungen von Herrn Mrosek zum Thema Kauflandcenter. Außerdem hätte er an Herrn Schmidt vom Stadtplanungsamt Fragen gehabt. Dieser hatte allerdings nach den Ausführungen von Herrn Mrosek die Sitzung verlassen. **Herr Pätzold** führte weiter aus, dass am 02.02.2022 im Stadtrat ein Beschluss gefasst wurde, wie die Stadt bzgl. Kauflandcenter weiter arbeiten soll. Das Zentrum soll gestärkt werden, so der demokratische Mehrheitsbeschluss. Im Nachgang hierzu hat am 06.05.2022 eine Baugenehmigung vorgelegen, die nicht vorgelegt hätte werden sollen. **Herr Pätzold** hätte gern von Herrn Schmidt gewusst, wie der Standpunkt der Stadtverwaltung dazu ist. Die Vorlage war im Wirtschaftsausschuss leider nicht auf der Tagesordnung, so **Herr Pätzold**. Nur im Ortschaftsrat Mildensee, im Bauausschuss und im Stadtrat.

Herr Mrosek entgegnete, dass nach Rücksprache mit dem Kaufland-Manager alle Fraktionen einen Brief bzgl. der Vermarktung des Gewerbegebietes erhalten haben.

Leider hatte der Ortschaftsrat Mildensee sich gegen die Umsetzung des Beschlusses ausgesprochen.

Herr Kaßner führte aus, dass hier über einen Fahrradladen mit über 1.500 qm Fläche gesprochen wird. Seines Erachtens ist der Beschluss, der sich auf das Zentrum konzentriert, richtig gefasst worden. Kaufland und Decathlon drohen mit Auszug. Die Frage ist, wie damit umgegangen werden soll, so **Herr Kaßner**. Er berichtete weiterhin von Telefonaten mit den im Zentrum ansässigen Fahrradläden. Es wurde nach der wirtschaftlichen Situation gefragt. Die Aussage der Läden war, dass sie sich dem Wettbewerb stellen müssen. Das größte Problem sehen sie im Fachkräftemangel. Dann müssten die Läden nicht aufgrund von Wirtschaftlichkeit schließen, sondern wegen Fachkräftemangel, so **Herr Kaßner**.

Herr Mrosek erklärte, dass Frau Schreiner vom Kaufland-Management bei der Stadt nachgefragt hatte, was man unter zentrumsnahe Produkte versteht. Eine Antwort hat sie bis heute allerdings nicht erhalten.

Herr Jüling findet eine Einmischung der Stadt in die freie Wirtschaft mit Verboten nicht richtig. Das Rathaus-Center soll erhalten bleiben und auch die Fahrradläden in der Innenstadt. Er sieht die Ansiedlung des großen Fahrradladens mit 1.500 qm Fläche als Problem.

Herr Pätzold wollte keine Diskussion auslösen, sondern die Ausführungen von Herrn Schmidt hören. Leider wurde ihm dies verwehrt, da Herr Mrosek das Wort übernommen hatte, so **Herr Pätzold**. Des Weiteren führte er aus, dass das Management von Kaufland von der Fraktion eingeladen wurde. Ein Treffen fand aber leider nicht statt. Die Drohung mit Auszügen von bestimmten Gewerben im Kaufland-Center findet **Herr Pätzold** nicht in Ordnung.

Herr Mrosek war der Meinung, dass Herr Schmidt das Wort hätte ergreifen können.

Herr Reinsdorf, amt. Amtsleiter Wirtschaftsförderung erklärte, dass er Herrn Schmidt dankbar war, am Ausschuss teilgenommen zu haben, da dieser zum aktuellen Stand bzgl. Kaufland hätte etwas berichten können. Nach Rücksprache mit Herrn Schmidt bestätigte **Herr Reinsdorf**, dass die Stadtverwaltung im ständigen Kontakt mit dem Center-Management steht und an einer Lösung arbeitet. Herr Schmidt hätte die Herangehensweise der Vorlage erläutern können und wie hier weiter verfahren werden soll. Unter Umständen zeichnet sich hier eine Lösung ab, so **Herr Reinsdorf**. Er führte weiter aus, dass auch über Themen, die nicht auf der Tagesordnung stehen, diskutiert werden kann.

Herr Mrosek sagte, dass er am heutigen Tage mit Frau Schreiner telefoniert und diese etwas ganz anderes gesagt hätte.

Herr Wolf, Geschäftsführer der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH bedankte sich für die Einladung zur Sitzung. Er betonte zunächst, dass die

SMG kein Wirtschaftsverband und kein Interessenvertreter der Wirtschaft sei. Dann führte er aus, dass man sich jetzt in der Hauptsaison befinde und die Buchungslage sehr gut sei. Hotels seien teilweise ausgebucht und die Gastronomen in der Innenstadt haben viel zu tun, **so Herr Wolf**. Er sprach weiterhin den Fachkräftemangel, die Corona-Krise und den Ukraine-Krieg an. Dies führe zur Verunsicherung und Hilflosigkeit. Er sagte, dass man eine klare Position zu diesen Themen haben muss und diese über die Parteien auf die Landes- und Bundesebene weitergeben sollte. Man muss sehen, welche Möglichkeiten es gibt, die Probleme anzupacken.

Herr Wolf sagte weiterhin, dass man zusammen mit der Stadtverwaltung ein City-Management auf die Beine stellen wird. Hier wird in der Innenstadt eine Vernetzung der Akteure (Händler, Gastronomen, Touristiker) stattfinden und Aktivitäten mit ihnen entwickelt werden. Derzeit wird eine Kampagne vorbereitet, bei der Caravan- und Fahrradtouristen in die Stadt geholt werden sollen, **so Herr Wolf**. Eine weitere Kampagne möchte Menschen dazu einladen, nach Dessau-Roßlau zu ziehen. **Herr Wolf** betonte, dass es hier Standortvorteile gegenüber anderen Städten gibt sowie Wohnraum und Grundstücksflächen.

Herr Mrosek fragte, ob es für Dessau-Roßlau ein Touristenticket existiert.

Herr Wolf erläuterte, dass man eng mit der Welterberegion zusammenarbeite. Hier gibt es bereits eine Welterbe-Card, die als 1- bzw. 3-Tagesticket erworben werden kann. Es besteht die Möglichkeit, den ÖPNV zu nutzen, Museen und Einrichtungen zu besuchen, zu paddeln und Rad zu fahren. Des Weiteren werden Rabatte bei Gastronomen angeboten, **so Herr Wolf**.

Herr Mrosek wollte wissen, ob dieses Ticket auch für die Stadt Dessau-Roßlau existiert.

Stadtspezifisch gibt es dieses Ticket nicht, sondern nur regional, **so Herr Wolf**. Die Welterbe-Card hat der Verein Welterberegion e.V. entwickelt, die auch in der Tourist-Information in Dessau verkauft wird. **Herr Wolf** sprach sich gegen ein stadtspezifisches Touristenticket aus, da bereits alle Akteure aus Dessau-Roßlau, wie das Bauhaus mit all seinen Einrichtungen, der Tierpark, die Museen mit dabei seien.

Herr Jüling dankte Herrn Wolf für seine Ausführungen und fragte nach, ob man etwas für die Geschäfte in der Zerbster Straße tun könne. Dass es den Gastronomen gut gehe, ist sehr schön, lobte **Herr Jüling**. Allerdings würden andere Geschäfte nach 3 Monaten wieder schließen.

Die persönliche Meinung von **Herrn Wolf** war, dass die Akteure auf die Unterstützungsangebote der Stadt – wie die Mittelstandsförderung – zurückgreifen könnten, um damit z. B. Umbaumaßnahmen zu finanzieren.

Herr Jüling sagte, dass leere Geschäfte der Zerbster Straße nicht gut tun.

Herr Wolf führte aus, dass nach seinem Wissen z. B. der Donut-Laden sein Geschäft nicht aufgegeben hat, sondern neue Konzepte entwickeln will. Er hofft, dass mit dem Programm der neuen Agentur Leerstände der Vergangenheit angehören werden, wenn z. B. Gründer oder künstlerische Akteure diese zwischennutzen und bespielen. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass Leute in die Stadt kommen, so **Herr Wolf**.

Herr Jüling ist der Meinung, dass andere Städte die Flüsse besser nutzen würden als Dessau (z. B. Kornhaus). Hier sieht er mehr Potenzial, vor allem am Hafen.

Herr Wolf findet den Vorschlag von Herrn Jüling, den Hafen besser zu nutzen, sehr gut. Hier müssten Akteure gefunden und Rahmenbedingungen geschaffen werden, um dies in die Tat umzusetzen. Die touristische Kampagne, die derzeit in Arbeit ist, sieht vor, Camper auf die Halbinsel am Leopoldshafen mit Blick auf die Elbe zu holen. Investoren müssten begeistert und Ideen entwickelt werden, so **Herr Wolf**. Er ist der Meinung, dass Dessau-Roßlau – gemessen an der Stadtgröße – an Sehenswürdigkeiten und landschaftlich viel zu bieten hat.

Herr Kaßner bemängelte, dass man in den Außenbezirken neue Gewerbetreibende ansiedelt, aber die Innenstadt nicht belebt. Er ist der Meinung, dass das Gewerbe, das sich in der Innenstadt befindet, auch gesichert werden muss. Die Flächen in der Innenstadt müssten vernünftig vermarktet werden.

Herr Gebhardt sagte, dass es hier nicht nur um Kaufland gehe, sondern um die gesamte Region.

Herr Mrosek bedankte sich bei Herrn Wolf für seine Ausführungen.

7 Beschlussfassungen

7.1 Änderung der Rechtsverordnung zur Festsetzung von Beförderungsentgelten und Beförderungsbedingungen für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/208/2022/II-32

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion der AfD führte zur BV/208/2022/II-32 aus, dass der Taxi-Verband MUKA e.V. Dessau einen Antrag am 04.04.2022 gestellt hatte, die Beförderungsentgelte für die in der Stadt Dessau-Roßlau genehmigten Taxen zu erhöhen. Begründet wird dieser Antrag mit den gestiegenen Kosten für Rohstoffe, Energie, Logistik und Personal. Er führte weiterhin aus, dass formelle Anhörungsverfahren eingeleitet wurden. Hier wurden die IHK Halle-Dessau, das Landesamt für Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt, der Landesverband des Verkehrsgewerbes Sachsen-Anhalt e.V., der Ver.di Bezirk Sachsen-Anhalt Süd sowie die umliegenden Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld angehört.

Geeinigt wurde sich wie folgt, so **Herr Mrosek**:

Die Grundgebühr beträgt nunmehr 4,00 €. Das Entgelt für Beförderungsstrecken beträgt für den 1. km 3,50 €, für den 2. km 3,50 € und ab dem 3. km pro km 2,20 €. Das Entgelt für die Wartezeit beträgt pro Stunde 30,00 €; dies entspricht pro Minute 0,50 €. **Herr Mrosek** führte aus, dass alle weiteren Angaben der Beschlussvorlage zu entnehmen sind.

Herr Jüling, Fraktion der CDU befürchtete, dass durch die Erhöhung der Fahrpreise nicht mehr so viele Leute mit dem Taxi fahren werden und im Endeffekt gar kein größerer Mehrwert durch die Erhöhung der Preise entsteht.

Herr Mrosek entgegnete, dass die Unternehmen durch die Erhöhung der Kosten für Rohstoffe u. s. w. die Preise nunmehr umlegen müssen. Er hatte auch in der Presse gelesen, dass die Menschen ihr Kaufverhalten im Handel und auch Dienstleistungssektor geändert haben. Hier sieht **Herr Mrosek** einen Zusammenhang mit der Verteuerung und der Inflation, die derzeit 8 % beträgt.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau gab Herrn Jüling Recht und merkte an, dass eine Erhöhung der Fahrpreise von 27 % gewaltig sind.

Ein Vergleich mit Halle oder Magdeburg kann hier nicht erfolgen, so **Herr Mrosek**. Denn in Großstädten ist das Angebot an Taxen viel größer als in Dessau. Letztendlich liegt die Entscheidung, ein Taxi zu nutzen, beim Endkunden, sagte **Herr Mrosek**.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Mrosek schloss sodann den öffentlichen Teil der Sitzung.

10 Schließung der Sitzung

Herr Mrosek, Ausschussvorsitzender und Fraktion der AfD schloss den öffentlichen Teil der Sitzung 18.19 Uhr.

Dessau-Roßlau, 18.08.22

Andreas Mrosek
Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus

Katrin Koischwitz
Schriftführerin